

Gaspreise steigen: Haushalte müssen 2025 bis zu 73 Euro mehr zahlen!

Gas- und Stromnetzentgelte steigen 2025 in Österreich deutlich. E-Control erläutert die Gründe und Auswirkungen für Haushalte.



Oberösterreich, Österreich - Die Preise für Energie in Österreich ziehen dramatisch an! Ab 1. Januar 2025 müssen sich Haushalte auf deutlich höhere Gasnetz- und Stromnetzentgelte einstellen. Laut der Regulierungsbehörde E-Control wird für einen gasbeheizten Durchschnittshaushalt mit einem Verbrauch von 15.000 Kilowattstunden eine Erhöhung von 16,6 Prozent erwartet, was etwa 5 Euro zusätzlichen Kosten pro Monat bedeutet. Dies hat weitreichende Folgen, da die Netzentgelte je nach Bundesland unterschiedlich steigen, besonders in Oberösterreich, Burgenland und Niederösterreich, wo die Anstiege noch ausgeprägter sind, wie die E-Control berichtete.

Zusätzlich wird die Situation durch einen Anstieg der

Stromnetzentgelte kompliziert. Für Haushalte werden diese laut E-Control um bis zu 23 Prozent ansteigen, während Industriekunden nur einen Anstieg von etwa 19 Prozent erwarten können. Diese Entwicklung ist auf eine gesunkene Stromabgabemenge von 5,6 Prozent zurückzuführen, wodurch die Kosten auf weniger Kilowattstunden verteilt werden müssen. Im gesamten Strom- und Gasbereich wird der Finanzierungsbedarf der Netzkosten von rund 2,5 Milliarden Euro im Vorjahr auf bereits 3 Milliarden Euro im laufenden Jahr steigen. Dies wird die finanzielle Belastung für viele Haushalte erheblich erhöhen.

Ursachen und Auswirkungen der Preissteigerungen

Die sinkenden Verbrauchszahlen sind ein wesentlicher Grund für die steigenden Netzentgelte. Die Bürger nutzen zunehmend alternative Energieträger, und auch die wirtschaftliche Situation hat dazu geführt, dass weniger Gas benötigt wird – im Jahr 2023 ging die Gasliefermenge um 7,4 Prozent zurück. Klima- und Energieministerin Leonore Gewessler hat zudem die Abschaffung der deutschen Gasspeicherumlage gefordert, die die Kosten für Gas in Österreich zusätzlich belasten. Diese Umlage, die für Unternehmen und Endverbraucher zusammen 60 Millionen Euro Kosten verursacht hat, sollte laut Gewessler noch vor Jahresende abgebaut werden, was jedoch aufgrund politischer Umstellungen in Deutschland nicht rechtzeitig umgesetzt wurde.

Insgesamt stehen viele Haushalte vor erheblichen Kostensteigerungen in der Energieversorgung, die auf die bereits schwierige wirtschaftliche Lage treffen. Die aktuelle Preispolitik erfordert dringende Maßnahmen, um die finanziellen Belastungen für die Verbraucher zu mindern, wie **heute.at** und **kurier.at** berichteten.

Details	
Ort	Oberösterreich, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.heute.at• kurier.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at